

CDU-Fraktion · Rathaus · Markt 1 · 31134 Hildesheim

Herrn
Oberbürgermeister Dr. Meyer
Im Hause

Per Fax

Hildesheim, 10.02.2015

Auskunftsrecht nach § 56 NKomVG

Hier: Gewaltprävention in der Jugendarbeit

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Tag für Tag berichten die Medien über bundesweite Fälle von Gewalt von bzw. unter Heranwachsenden. Auch die Debatte um Jugendliche, die sich von ihrer Familie und ihrem gewöhnlichen Leben abwenden, um sich dem Terrorismus anzuschließen, wird derzeit umfassend diskutiert.

In der Gesamtbetrachtung dieser oder ähnlicher Themen wird regelmäßig eine maßgebliche Orientierungslosigkeit der Jugendlichen als Ursache ausgemacht. Als weitere Motive werden die zunehmend eintretende Ablösung des traditionellen Familienbildes und ein verändertes Schulleben und –erleben genannt. Angesichts der vielschichtigen Problemlagen ihrer Schüler, gelingt es den gewöhnlichen Lehrkräften hierbei nur noch vereinzelt, die Jugendlichen allein durch Förderung von Bildungsprozessen und der Vermittlung von Lebenskompetenzen ein nachhaltiges Hineinwachsen in die Gesellschaft zu ermöglichen.

Insofern erscheint es umso wichtiger, frühzeitig Aufklärungsarbeit zur Problembewältigung zu leisten und reichhaltige Präventionsangebote zu schaffen. Die umfassende sozialpädagogische Unterstützung an Hildesheimer Schulen, deren Erhalt die Ratsmitglieder jüngst beschlossen haben, ist demnach nicht nur Ausdruck des lokalen politischen Willens, sondern unbedingte Notwendigkeit. Trotz ihres unermüdlichen Einsatzes stoßen aber auch die an den Bildungsstätten tätigen Sozialarbeiter an kapazitive Grenzen oder sehen sich mit Problemen konfrontiert, die nicht im Zuge der schulischen Betreuung zu lösen sind.

Aus diesem Grund muss die Jugendarbeit im außerschulischen Umfeld ihre Fortsetzung finden und dem beschriebenen Gesellschaftsbild insofern Rechnung tragen, dass die Ange-

CDU-Fraktion · Rathaus · Markt 1 · 31134 Hildesheim

bote offen und unabhängig von sozialem Status, Geschlecht, ethnischen oder religiösen Zugehörigkeit gestaltet werden.

In Hildesheim stellt der gemeinnützige Verein „Public Safety Hildesheim“ seit mehreren Jahren ein solches außerschulisches Angebot dar. Neben Gewaltprävention und Deeskalation, unterstützen die ehrenamtlich tätigen Kräfte bei den Hausaufgaben, finanziellen Problemen sowie der Jobsuche.

In Anbetracht der mehrjährigen erfolgreichen Tätigkeit sollte die Verwaltung das Angebot und die Arbeitsweise des Vereins näher betrachten und eine Zusammenarbeit mit dem Präventionsrat prüfen. Darüber hinaus bitte ich um Beantwortung der nachfolgenden Fragen, spätestens zur Sitzung des Jugend- und Sozialausschusses am 03.03.2015:

- 1.) Ist der Stadtverwaltung die Arbeit des „Public Safety e.V.“ in den Bereichen der Jugendarbeit und Gewaltprävention bekannt?
- 2.) Wenn ja, wie wird die Arbeit des Vereins bewertet und gab es zu einem früheren Zeitpunkt bereits Überlegungen über eine Zusammenarbeit zur Erweiterung der bereits bestehenden Präventionsangebote? Wenn nein, warum nicht?
- 3.) Was hält die Verwaltung von der Idee, den städtischen Streetworkansatz um die Arbeit des Vereins zu ergänzen, um bspw. Jugendlichen am Andreasplatz Alternativenangebote zur Freizeitgestaltung zu unterbreiten?

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dag Störmer
Abgeordneter

Für die Richtigkeit



(Christian Redepennig)
Fraktionsgeschäftsführer